



Das Team der RFW-Bundesgeschäftsstelle verschickt per Mail eine Wirtschafts-Info mit allen aktuellen Initiativen und Pressemeldungen des RFW. Wenn auch Sie Interesse an dieser Info-Schiene haben, so nehmen wir Sie gerne in unseren Verteiler auf!

Faxen Sie an: 01/4082520-20

Name: _____

Anschrift: _____

Tel./Fax _____

E-mail: _____

Homepage: _____

Wirtschaft aktiv

Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender, Landesgruppe Tirol

Oktober 2007

Am 6. Oktober 2007 fand im Congresshaus Innsbruck der 25. ordentliche Bundestag des RFW statt. Die gesamte Veranstaltung mit Teilnehmern aus ganz Österreich und Vertretern aller Wirtschaftsbereiche stand unter dem Motto und der Kernaussage: "Erfolg ist Unternehmer mal Mensch zum Quadrat" ($E = U \times M^2$).

Auf diese These wurde nicht nur bei den Hauptreferaten eingegangen, sondern war die Kernaussage im Leitartikel "Fortschritt für Österreich", welcher die Schwerpunkte Halbierung der Bürokratie, Kampf der ständig schleichenden Steuererhöhungen, 'Pro Wasserkraft und erneuerbare Energie' sowie die Energiesicherheit und ganz im speziellen den modularen Aufbau in der Lehrlingsausbildung behandelte.

Im Bereich des Tourismus wurde ein Marshallplan vorgestellt, der gerade für die Tiroler Betriebe einiges an Potential beinhaltet. Die dritte Problematik bezog sich auf die Eindämmung der Statistikflut hinsichtlich Arbeitsaufwand und Kosten.

Alle diese Schwerpunkte werden wir mittels Anträgen an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol am 16. November 2007 aufgreifen und die Position des RFW als Vertreter der klein- und mittelständischen Unternehmer neuerlich manifestieren.



Großes Vertrauensvotum für KommR Ing. Fritz Amann! Am Bundestag wollten ihn 99,3 Prozent der Delegierten weiter an der Spitze des RFW sehen!

Der 25. ordentliche Bundestag des RFW hat sich mit großer Mehrheit für eine Wiederwahl von Bundesobmann, KommR Ing. Fritz Amann, ausgesprochen und ihn mit 142 zu 1 Gegenstimme wiedergewählt. Amann gilt als Garant für einen eigenständigen, parteiunabhängigen Weg. Weiter will er auch in Zukunft der Wirtschaft und im speziellen dem Mittelstand eine starke Stimme in der Wirtschaftskammer aber auch in der Politik geben.



Mit den Stellvertretern KommR Detlev Neudeck aus Wien, Mag. Dorothea Fiedler aus Salzburg, Bgm. Ing. Wolfgang Klinger aus OÖ, WK-Vizepräsident Bgm. Matthias Krenn aus Kärnten, Peter Stangl aus der Steiermark und KommR Winfried Vescoli aus Tirol ist gewährleistet, dass die Ideen, Visionen und die wirtschaftspolitische Arbeit des RFW über alle Bundesländer flächendeckend verbreitet werden.

„Was der Mittelstand braucht, ist ein Entlastungspaket und zwar im großen Umfang. Neben einem gemäßigten Lohnabschluss, der die Betriebsrendite berücksichtigt, sind Lohnnebenkosten zu senken und auf internationales Niveau anzupassen. So kann man die Beiträge zum Pleitenfonds – wie vom VFGH längst mit Urteil erkannt – oder zur AUVA ohne Problem halbieren und so die Unternehmer um Millionen entlasten. Weiters gehört die Kreditvertragsgebühr abgeschafft, die Grundbucheintragungsgebühr pauschaliert, sowie die Abschreibungen der technischen Entwicklung angepasst. Auch die Befreiung der geschäftsführenden Gesellschafter von nicht gerechtfertigten Abgaben, wie Kommunalsteuer und Dienstgeberbeiträgen, ist ein Muss.“

Das Motto - "Erfolg ist Unternehmer mal Mensch zum Quadrat" ($E = U \times M^2$) ist für den RFW kein Lippenbekenntnis, sondern ein Versprechen für ein unternehmerfreundliches Österreich sowie ein Bekenntnis zu den Menschen und dem Standort Österreich.

Stefan Draxl: "Generelles Rauchverbot hängt nach wie vor wie ein Damoklesschwert über uns!"

Die momentane Diskussion seitens der Verantwortlichen rund um Übergangsfristen und Verordnungen ist eine einzige Farce, vor allem soll die Regierung endlich Farbe bekennen und zugeben, dass es in Richtung allgemeines Rauchverbot gehen wird. Denn wer garantiert den Unternehmern, die jetzt dazu gezwungen werden - und das auch noch innerhalb weniger Monate - in Belüftungssysteme, getrennte Räumlichkeiten oder ähnliches zu investieren, dass nicht in ein paar Jahren die heimische Politik den anderen EU-Ländern folgt und ein generelles Rauchverbot einführt?



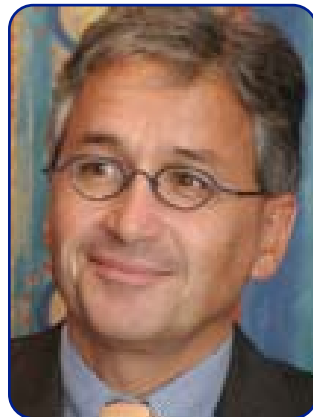
Erst in den letzten Tagen forderte der Ausschuss für Umweltfragen in der EU die Mitgliedsstaaten auf, innerhalb von zwei Jahren ein uneingeschränktes Rauchverbot einzuführen. Für viele Gastwirte bedeuten derartig große Investitionen den sicheren Tod, was in weiterer Folge natürlich den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet. Und dann heißt es in ein paar Jahren sicher wieder: Danke schön, aber jetzt sind alle Gastronomiebetriebe rauchfrei!

Unsere Regierungsverantwortlichen sind sich hier ihrer Verantwortung absolut nicht bewusst, wenn sie Gastwirten, die einen Betrieb mit bis zu 75 m² haben, vorschreiben, dass sie ein Nichtraucherlokal werden müssen. Überhaupt ist diese Forderung ein Affront sondergleichen, denn sie glauben gar, dass die Österreicherinnen und Österreicher unmündig und unfähig sind, Entscheidungen zu treffen und wollen Regelungen einführen, wo es nur geht.

Mir ist wichtig, dass jeder Gastwirt selbst bestimmen kann, ob er ein Raucherlokal betreiben will oder nicht. Und auch den Gästen soll der Gesetzgeber im Gegenzug zugestehen, dass sie selbst für sich entscheiden können, ob sie in ein Restaurant, wo geraucht werden darf, gehen oder ein qualmfreies Lokal bevorzugen. Und sollte sich ein Gastronom dafür entscheiden, dass er beide Gruppen, die Raucher und auch Nichtraucher herzlich willkommen heißt, kann er immer noch eine räumliche Trennung von Raucher-Bereichen und rauchfreier Zone errichten. Es ist aber sicher nicht sinnvoll, die Betriebe mit gesetzlichen Verordnungen in unnötige Investitionen zu drängen.

LO KommR Winfried Vescoli warnt vor Verkauf der Wasserquellen - Schutz der Zukunft unserer Kinder!

Die Nutzung des Wassers für die Gewinnung von Energie ist in Zeiten der Energieknappheit und der damit drohenden Abhängigkeit von den internationalen Märkten eine logische Schlussfolgerung. Was wir aber dabei nicht vergessen dürfen, sind die Wasserquellen. Ein möglicher Verkauf gerade der Quellen wäre eindeutig eine Bedrohung der Unabhängigkeit der österreichischen Bevölkerung.



Schon jetzt wird mit fadenscheinigen Argumenten ausgelotet, wie man die noch immensen Wasserressourcen an die Araber verkaufen könnte. Wir sind aber angehalten, nicht nur für die jetzige Generation, sondern auch für alle zukünftigen, dieses unschätzbare Gut, neben der Natur und der schönen Landschaft, zu schützen und nicht der Gewinnsucht einzelner zu opfern. Die Zukunft unserer Kinder muss uns jetzt und langfristig bewusst sein! Der RFW-Tirol fordert daher die Landes- und Bundespolitiker auf, sämtliche Missinterpretationen hinsichtlich Wasserquellenschutz im Lande aufzuklären, eindeutig die Position Österreichs zu festigen und nicht in gewohnter Manier in die liberalisierungsfreudige EU-Falle zu treten.

EURO 08 darf für die einheimische Bevölkerung keine Preissteigerungen bringen!

Der RFW-Tirol appelliert an alle Beteiligten, der einheimischen Bevölkerung die Altlasten der beiden Olympischen Spiele 1964 und 1976 zu ersparen. Vor allem unsere Gastwirte dürfen nicht durch höhere Abgaben an die Gemeinden gezwungen werden, gegengleich ihre Preise erhöhen zu müssen. Preisstabilität heißt auf lange Sicht nicht nur eine weiterhin positive Stimmung der einheimischen Bevölkerung zu weiteren Großveranstaltungen, sondern ist auch ein Zeichen für die Jugend und die Gäste aus ganz Europa, dass Urlaub in Österreich auch zu vernünftigen Preisen möglich ist.

Weiters hofft LO KommR Winfried Vescoli, dass die RFW-Forderung nach längeren Abendöffnungszeiten - auch von Gastgärten - auch wirklich umgesetzt wird .

WKÖ-VP Matthias Krenn: Wirtschaftskammern im Verfassungsrang – RFW ist strikt dagegen! Eine moderne Interessensvertretung hat dies nicht notwendig!

Komplett gegen den Gesetzesentwurf von Rot-Schwarz, in dem festgehalten werden soll, die Wirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammer in den Verfassungsrang zu heben, stellt sich Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW), sowie die gesamte RFW-Organisation: „Der RFW hält nichts von diesen großkoalitionären Plänen, mit denen eine Einzementierung der Pflichtmitgliedschaft einhergeht. In der Wirtschaft ist es ja im Allgemeinen auch selbstverständlich, dass Vertrauen auf Leistung und Verlässlichkeit basiert und nicht auf Zwang.“



Eine modern ausgerichtete, kundenorientierte Interessensvertretung hat es laut Krenn absolut nicht notwendig in der Verfassung verankert zu sein, um sich seiner Mitglieder sicher zu sein: „Der freie Wettbewerb stellt einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtwirtschaft dar. Unternehmer müssen flexibel, rasch und innovativ auf neue Herausforderungen reagieren, und genau das können sie auch von ihrer Standesvertretung, also von der Wirtschaftskammer, verlangen.“

Deshalb fordert WKÖ-Vizepräsident Krenn die Verantwortlichen auf, sich nicht Gedanken darüber zu machen, wie man die Wirtschaftstreibenden noch mehr an die Kandare nehmen kann, sondern:

„Es ist an der Zeit, sich zu überlegen wie man die jeweiligen Kammermitglieder, also die heimischen Unternehmer, am besten, schnellsten und effektivsten betreut, um auch weiterhin als Interessensvertretung im Wettbewerb bestehen zu können“, so Krenn abschließend.

FORTSCHRITT FÜR ÖSTERREICH

Kleine Unternehmen sind das Rückgrat der europäischen und vor allem auch der österreichischen Wirtschaft. Sie sind Hauptträger der Beschäftigung und Nährboden für Geschäftsideen. Sie werden als Erste in Mitleidenschaft gezogen, wenn Unternehmen über Gebühr mit Bürokratie und Abgaben belastet werden. Und sie beginnen als Erste zu florieren, wenn die Bürokratie zurückgestutzt und Leistung belohnt wird.

Kleine Unternehmen sind als die Haupttriebfeder für Innovation, Beschäftigung sowie die soziale und lokale Integration in Österreich und Europa anzusehen. Deshalb müssen für Kleinunternehmen die bestmöglichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine Zukunft, die nachhaltig und sicher ist, braucht starke und innovative Leistungsträger. Die Freiheit und der Wohlstand jedes Einzelnen werden durch eine kraftvolle Wirtschaft garantiert.

Wir fordern daher die zuständigen Organe auf, nachfolgende Maßnahmen einzuleiten, um die Standortattraktivität und den Fortschritt Österreichs im globalen Wettbewerb sicherzustellen!

Halbierung der Bürokratie

Durch eine effektive Verwaltungsvereinfachung könnten unsere heimischen Wirtschaftstreibenden massiv entlastet werden, ohne dabei an der Steuerschraube zu drehen. Daher ist die zentrale Forderung die Halbierung der österreichischen Bürokratie!

Kampf der ständig schleichenden Steuererhöhungen

Zum Abbau der schleichenden Steuererhöhung ist die "kalte Progression" hinten zu halten. Zu diesem Zweck sollte der 50%-Steuersatz erst für Einkommensteile ab rd. 80.000,- Euro zum Tragen kommen. Darunter sind die Stufen entsprechend neu zu verteilen. Langfristiges RFW-Ziel ist und bleibt natürlich die Einführung des Modells "Flat Tax".

Zur Entlastung des Mittelstandes und der kleinen und mittleren Unternehmungen sind Bagatelsteuern und die Mindestkörperschaftssteuer zu streichen, sowie der Investitionsfreibetrag (IFB) wieder einzuführen. Weiters sind Lohnnebenkosten deutlich zu senken und keine weiteren Beitragserhöhungen oder Beitragsgrundlagenerweiterungen (z.B. auf Kapitalerträge oder Erträge aus Vermietung und Verpachtung) einzuführen. Die Abschreibungszeiten sind an die reale Nutzungsdauer anzupassen bzw. eine degressive Abschreibung zuzulassen und bei allen betrieblich genutzten Fahrzeugen (nicht nur Fiskal-LKW) die Vorsteuerabzugsfähigkeit zu erlauben. Betriebsnachfolgen innerhalb der Familien sind erbschaftssteuerfrei zu stellen und der

Betriebsübergabefreibetrag zu verdoppeln. Bei Betriebsaufgabe und Veräußerung ist der Freibetrag um das Fünffache anzuheben. Veräußerungsgewinne müssen progressionsmindernd auf 5 Jahre verteilt werden können oder als Pensionsvorsorge anerkannt werden.

Pro Wasserkraft und erneuerbare Energie sowie für Energiesicherheit

Der RFW setzt sich dafür ein, in Österreich neue Wasserkraftanlagen - unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse im Wasserkraftwerksbau - zu errichten. Aber auch die erneuerbare Energie - wie beispielsweise Photovoltaik, Windkraft und Biomasse - erfüllen diese Aspekte und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und der Energiesicherheit. Die Förderung der erneuerbaren Energie sollte derart gestaltet werden, dass dadurch energieintensive Betriebe nicht mit zusätzlichen Steuern oder Abgaben übermäßig belastet werden. Im Rahmen der Neuorganisation der Ökosteuern sollte darauf Bedacht genommen werden.

Die nationale Energieversorgung muss zum strategischen Sektor erklärt werden, um einem Aufkauf durch Investoren aus nicht EU-Ländern zu verhindern. Ein uneingeschränkter Zutritt zum EU-Energiemarkt muss durch Schutzklauseln verhindert werden.

Die nationale Energieversorgung muss zum strategischen Sektor erklärt werden, um einem Aufkauf durch Investoren aus nicht EU-Ländern zu verhindern. Ein uneingeschränkter Zutritt zum EU-Energiemarkt muss durch Schutzklauseln verhindert werden.

Modularer Aufbau in der Lehrlingsausbildung

Der neue Weg: Der Wunsch der Wirtschaft ist klar definiert. Sie wünscht sich eine starke Verzahnung mit dem öffentlichen Bildungsauftrag. Man will

aber auch aus dem starren Vertrags- und Zeitkorsett der derzeitigen Lehrlingsausbildung entfliehen und stattdessen flexible Modelle in Form von Ausbildungsmodulen, getrennt von der Praxisausbildung, als neuen Weg in der Facharbeiterausbildung.

Mit dem modularen Aufbau der dualen Ausbildung sowie der Einführung des Praktikumsvertrages könnte man die Facharbeiterausbildung auf völlig neue Beine stellen und damit den jungen Menschen eine aussichtsreiche Zukunftsperspektive bieten. Weiter könnte man damit gewährleisten, dass die Facharbeit nicht nur Zukunft hat, sondern auch den gesellschaftspolitischen Stellenwert (Fachstudent) dank neuem Ausbildungsmodus anheben. Das ist wichtig, da der Auszubildende von heute der Facharbeiter von morgen und in der Folge auch der Innovationsmotor in den zukünftigen Denkfabriken ist, den unsere Wirtschaft dringend braucht.

